

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/148

Bonn, den 8. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1 a	<u>Schwierige Sprachregelung</u> Kommunisten in Ost und West suchen "gemeinsamen Kenner" Von Günter Markscheffel	94
2 - 3	<u>"Drucksache Nr. 1500"</u> Ein historisches Dokument des Hessischen Landtags Von Dr. Artur Egon Bratu	85
4	<u>Überfluß bringt Verdruß</u> Schattenseiten der EWG-Agrarpolitik	40
5	<u>Schweden vor der Reichstagswahl</u> Sozialdemokraten glaubwürdig durch ihre Leistungen Von Karl Kern, Malmö	43

*

*

*

Schwierige Sprachregelung

Kommunisten in Ost und West suchen "gemeinsamen Nenner"

Von Günter Markscheffel

Die kommunistischen Parteien der westlichen und der östlichen Welt beginnen sich einige Tage nach der Konferenz von Bratislava in der Beurteilung der Ereignisse in der CSSR auf eine bestimmte Sprachregelung einzupendeln. Zunächst ist festzustellen, daß Rundfunk und Presse der kommunistisch regierten Staaten schon während der Konferenz aufgehört hatten, sich gegenseitig zu beschimpfen und mit den schlimmsten Vorwürfen zu bedecken. Als wenn ein Zauberstab über die publizistische Landschaft der Ostblockstaaten hinweggegangen wäre, konnten Zeitungsleser und Rundfunkhörer plötzlich erfahren, es sei auch in der Tschechoslowakei immer alles in bester Ordnung gewesen und man habe sich eigentlich nur Sorgen darüber gemacht, daß "subversive Elemente des Westens" ihre Hand bei den Ereignissen in der CSSR in Spiele haben lassen...

Das Abschlußkommuniqué von Bratislava wird von allen Staaten des Warschauer Paktes gleichermaßen als das "Ergebnis einer brüderlichen Aussprache" gekennzeichnet; die zum Ziele gehabt habe, das sozialistische Lager zu festigen und alle Hindernisse auf dem Weg zum Sieg des Sozialismus zu beseitigen. Mit Kommentaren ist man zwar noch sehr sparsam und besonders in der DDR ist damit zurechnen, daß die "vorläufig endgültige Sprachregelung" erst erfolgen wird, nachdem die eilig für Freitag dieser Woche zusammengerufene Volkskammer ihre Meinung geäußert haben wird. Da die Volkskammer einen Bericht des Außenministers Winzer zum Thema "Europäische Sicherheit" entgegennehmen soll, ist davon auszugehen, daß in diesem Zusammenhang die Vereinbarungen von Bratislava auf die Ebene allgemeiner europäischer Sicherheitsfragen verlagert werden sollen. Hierbei dürfte - als Ablenkung von den Vorgängen in der CSSR - wieder einmal die Bundesrepublik zum Hauptfeind erklärt werden.

In der Moskauer PRAWDA werden noch Nachzugsgefechte geliefert. Dort rügt man streng die "Kampagne der westlichen Presse", mit deren Hilfe die Imperialisten aller Schattierungen angetlich erreichen wollten, daß die Tschechoslowakei an die Brust der kapitalistischen Welt zurückkehren werde. Daß man noch vor 14 Tagen die mutigen Verfasser der "2.000 Worte" in der CSSR als "Divergenten, Revisionisten und Knechte des Kapitalismus" bezeichnet hatte, stört dabei weiter nicht. Jetzt waren es nur die ausländischen Kapitalisten, die sich in die CSSR eingeschlichen hatten, um dort den Sozialismus zu zerstören.

Trotz aller dieser wieder einmal den historischen Ablauf der Ereignisse negierenden Darstellung kann selbst die kommunistische Publizistik nicht bemänteln, daß man alles, was jetzt in der weiteren Folge in der CSSR geschehen könnte, sehr unterschiedlich beurteilt. Auch in Bezug auf das Verhalten der Führung der eigenen kommunistischen Partei weiß man offensichtlich nicht so recht, wie man sich einstellen soll. Die Liberalen in allen Ostblockstaaten verargen es nach wie vor

der Führung der KPdSU und der Führung der SED, daß sie mit allen, auch mit militärischen Mitteln, versucht hatten, die tschechoslowakischen Kommunisten unter Druck zu setzen. Die Dogmatiker und die Harten in diesen Ländern verhehlen nicht ihre Unzufriedenheit darüber, daß Moskau nicht seine volle Macht gegenüber Prag ausgespielt hat.

Die Diskussion über diese unterschiedliche Betrachtungsweise der Ereignisse in der CSSR geht in den kommunistischen Parteien weiter. Sie ist unaufhaltsam und erhält gerade in diesen Tagen, da viele junge Kommunisten von dem Weltjugendfestival in Sofia nach Hause kommen, neue Nahrung. Dort hat man nämlich einen sehr einprägsamen Anschauungsunterricht darüber erhalten, daß die offizielle zur Schau gestellte "unerschütterliche Geschlossenheit des kommunistischen Lagers" nicht mehr existiert.

Bei den Französischen und italienischen Kommunisten atmet man natürlich auf. In Paris und Rom wurde bei den Führungen der kommunistischen Parteien nichts so sehr befürchtet, wie ein massiver militärischer Druck Moskaus auf Prag nach dem ungarischen Muster von 1956. Hätte Moskau auch in Prag militärisch interveniert, wäre ohne Zweifel in den kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs eine nicht mehr zu überbrückende Kluft zwischen den Orthodoxen und Liberalen entstanden. Deshalb stehen im Mittelpunkt der Verlautbarungen der Zentralkomitees der KPI und KPF ständig wiederholte Hinweise darauf, daß jede kommunistische Partei das Recht habe, den Sozialismus in ihrem Lande entsprechend den eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen anzustreben.

Natürlich fällt dies den italienischen und französischen Kommunisten leichter, als etwa den polnischen, ungarischen, bulgarischen oder den ostdeutschen Kommunisten. Die KPI und die KPF hatten von ersten Tage der Ereignisse in der CSSR an nicht nur intern, sondern auch öffentlich vor Interventionen jedweder Art gegen die tschechoslowakischen Kommunisten gewarnt. Sie wußten, warum sie dies taten. Besonders nach der Niederlage der Kommunisten bei den letzten französischen Wahlen hätte jede Solidaritätserklärung mit Moskau oder mit Ostberlin zu einer weiteren Zersetzung der Organisation geführt.

Mit größter Zurückhaltung wird in der kommunistischen Presse der angekündigte Besuch Titos und Ceausescus in Prag kommentiert. In den meisten Provinzzeitungen der UdSSR und der DDR hat man sogar taugliche Meldungen über dieses bevorstehende Ereignis unterdrückt. Es ist zu erwarten, daß auch Reden, die Tito und Ceausescu in Prag halten werden, den Lesern der kommunistischen Zeitungen des Ostblocks kaum bekannt werden dürften: jedenfalls nicht im vollen Wortlaut. Auch das ist verständlich, - natürlich vom Standpunkt der kommunistischen Machthaber aus gesehen - wenn man bedenkt, daß gerade Jugoslawien und Rumänien gezeigt haben, daß sie auch ohne die Moskauer Vormundschaft ihren eigenen Weg gehen können.

Wie auch immer die weitere Entwicklung in der CSSR verlaufen wird - im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts wird es in keiner kommunistischen Partei noch möglich sein, den breiten Strom neuer Ideen über das Zusammenleben der Menschen verschiedener Nationen in ein enges Dogma zu zwängen. Dies bedeutet nicht, daß die westliche Welt von einem "Sieg" sprechen darf. Auch die westliche Welt ist dem gleichen Prozeß des Umdenkens unterworfen. Sie wird sich darauf einstellen müssen, in einen fairen Konkurrenzkampf der Ideen einzutreten.

"Drucksache Nr. 1300"

Ein historisches Dokument

Von Dr. Artur Egon Bratu

Der 22. Juni 1968, an dem das hessische Kabinett dem Landtag seinen am 18. Juni 1968 verabschiedeten Gesetzentwurf zur Änderung der hessischen Schulgesetze zugeleitet hat, könnte einmal ein historisches Datum werden. Der Weg bis zur Ausgabe dieses Gesetzentwurfes durch das Landtagsbüro als Drucksache Nr. 1300 war lang und mühsam. Nachdem im Sommer und Herbst des Jahres 1967 pädagogische und juristische Mitarbeiter des Kultusministers den Gesetzentwurf in seinen ersten Umrissen skizziert hatten, wagte Ernst Schütte Anfang des Jahres 1968 einen kühnen Schritt.

Er schickte sein Papier hinaus an alle Personen, Organisationen und Institutionen, die das hessische Schulwesen etwas angeht. Diese demokratische Maßnahme glich nahezu der Herausforderung zu einem Plebiszit.

In den Verbänden der Städte und Landgemeinden, in einzelnen politischen Parteien wie in manchen Lehrerverbänden setzte man sich sehr sachlich mit den Vorschlägen des Kultusministeriums auseinander. Der Minister, die Staatssekretärin und andere leitende Beamte des hessischen Schulwesens führten in diesen Monaten mit allen Interessenten und interessierten Gruppen Hunderte, ja vielleicht sogar Tausende von Gesprächen. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion ging sogar in Klausur, um sich mit größtem Ernst mit der Revision der hessischen Schulgesetze zu befassen.

Unsachliche Gegenparolen

Leider trugen nicht alle Stellungnahmen die Kennzeichen aufrichtiger und sachlicher Auseinandersetzung. Besonders eine Lehrergruppe, deren Schulen, trotz aller Modernitätsbemühungen einzelner Lehrer, in ihrer Grundstruktur dem 19. Jahrhundert verhaftet sind, übersah geflissentlich, daß der vorgelegte Gesetzentwurf eine tiefgehende Durchforstung aller Schulgesetze darstellt, und biß sich an wenigen Vorschlägen fest, die sie allerdings mit Vehemenz ablehnte.

Monatelang hallte es durch den hessischen Blätterwald und die Fachzeitschriften: "Gegen die obligatorische Förderstufe!", "Gegen die Gesamtschule!". In ihrer Ablehnung setzten die Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts im Bildungswesen voraus, daß die meisten Leser wohl nicht den genauen Text des Gesetzentwurfs kennen würden. Ernsthaftige gesellschaftspolitische Begründungen für die geplanten Gesetzesänderungen, ebenso wie der Hinweis auf die sich aus dem Hamburger Abkommen für das Land Hessen ergebenden Verpflichtungen wurden kurzerhand als "Parteipolitik" abgetan.

Die negative Polemik dieser vom Staat besoldeten Lehrer schlug auch auf Elternkreise über. Der Landeselternrat, trotz Urteil des Staatsgerichtshofes, nach meiner Meinung, politisch ein höchst fragwürdiges Organ, verfaßte eine Einheitsresolution gegen die Novellierung der Schulgesetze, die gelegentlich bei Stadt- und Kreiselternbeiräten schon Zustimmung fand, ehe der Briefträger den vorbereiteten Einheitstext ins Haus gebracht hatte.

CDU spekuliert auf Wahlknüller

Besonders betrüblich empfanden die Sozialdemokraten, daß im Hessischen Landtag ihre Kollegen von der Christlich-Demokratischen Union im Hinblick auf Förderstufe und Gesamtschule plötzlich einen Sinneswandel offenbarten. Genau gesagt, seitdem die SPD in Baden-Württemberg eine unverdiente Wahlniederlage erlitt. Während bei früheren Gelegenheiten im Verlauf von schulpolitischen Debatten im Landtag die CDU-Fraktion oft, spätestens am Ende der zweiten Lesung eines von der Regierung eingebrachten Gesetzes, zeigte, daß die Zustimmung zu einer sachlich richtigen Entscheidung keineswegs ihre Haltung als Oppositionspartei beeinträchtigte, sucht sie sich bei der gegenwärtigen Diskussion um die Schulgesetznovelle mit den Leuten im Lande zu verbünden, die durch die Annahme halber Maßnahmen die ganzen Absichten der Regierung zu Fall bringen wollen. Es wäre ein Irrtum, wenn die CDU annehmen würde, daß sich aus der hessischen Schulpolitik ein Wahlknüller gegen die SPD machen ließe.

Ein arabisches Sprichwort sagt: "Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter." Niemand, der die Rede gehört oder gelesen hat, mit der der Hessische Kultusminister Ernst Schütze am 4. Juli vor dem Landtag die Gesetzesvorlage der Regierung begründete, vermag sich dem Eindruck zu entziehen, daß hinter dieser Gesetzesnovelle der ernste Wille einer Regierung, eines Ministers, aber auch einer Partei steht, die fest entschlossen ist, durch ihre Schul- und Bildungspolitik der jungen Generation von heute in allen sozialen Gruppen gleiche Startchancen für ihre geistige und berufliche Entwicklung zu sichern. Sie möchte auch den jungen Deutschen die Hoffnung geben, im Jahre 2000 nicht als Hinterwäldler der Menschheit leben zu müssen.

Prognostiker der hessischen Landespolitik sagen voraus, daß die veränderten Schulgesetze voraussichtlich nicht vor März 1969 vom Landtag verabschiedet würden.

Nach dem ausreichend langen und intensiven, von Kultusminister eingeleiteten und geführten Zwiegespräch mit der Öffentlichkeit besteht die Gefahr, daß auch die Landtagsdebatten keine neuen Gesichtspunkte mehr zu Tage bringen. Die Verabschiedung der Gesetzesnovellierung vor Ende des Jahres 1968 würde den Pädagogen, Schulträgern, Schulpolitikern und Eltern, die guten Willens sind, die Möglichkeit bieten, sich mit Energie und Umsicht auf eine Aufgabe vorzubereiten, die mit Beginn des Schuljahres 1969 - 1970 die Absichten des Gesetzgebers deutlich machen müßte.

Überfluß bringt Verdruß

Schattenseiten der EWG-Agrarpolitik

sp - In wenigen Jahren wird die Zuckerproduktion in den EWG-Ländern das Anderthalbfache dessen betragen, was die Bevölkerung der EWG-Staaten selbst verbrauchen kann. Wohin dann mit dem Überflüssigen Zucker? Diese Frage stellt sich schon heute und niemand weiß darauf eine befriedigende Antwort. Werden sich Absatzländer außerhalb des EWG-Raumes finden? Das ist mit guten Gründen zu verneinen. Man produziert Zucker, der nicht mehr zu verwerten und zu verbrauchen ist. Das Resultat: Es gibt Zuckerberge neben den Obst-, Fleisch-, Butter- und Schweinefleischbergen. Wie kommen sie, die den Verbraucher soviel kosten und ihm auch Verdruß verursachen, zustande? Antwort: Durch eine den Gegebenheiten nicht Rechnung tragende Agrarpolitik. Der Zuckerberg allein nimmt dem Verbraucher in den EWG-Staaten, ohne das sie davon etwas haben, allein in diesem Jahre etwas über 1 Milliarde DM ab. Das müssen wir alle bezahlen.

Wo bleibt da die Weisheit der Agrarminister? Gewiß mag es den einen oder anderen unter ihnen geben, die den Unsinn einsehen und es als schmerzlich empfinden, daß gegen alle Gesetze der Volkswirtschaft und der Vernunft und der Logik verstoßen wird. Aber sie können sich nicht durchsetzen und unterliegen dem Druck, unter dem sie stehen. Den Schaden haben die Verbraucher. Sie bekommen die Macht und den Einfluß einer mächtigen Lobby zu spüren, die in allen Ländern wirksam ist. Sie denken nur an sich, weniger an das Ganze.

Auf die Dauer und mit Blick auf die Zukunft kann das nicht so weiter gehen. Der Europagedanke nimmt dabei Schaden. Subventionen verlieren ihren Sinn, wenn sie Produzenten dazu ermuntern, Güter in Überfülle zu produzieren, für die sich dann keine Verwendung finden und die dann der Vernichtung anheimfallen. Das kann weder eine nationale noch eine an internationale Zusammenarbeit orientierte Wirtschaft ertragen.

Gesetzt den Fall, das Volkswagenwerk würde mit finanzieller Unterstützung des Staates Wagen produzieren, die nicht mehr die Chance des Verkaufes haben und dann verschrottet werden müssen. Ein allgemeiner Aufschrei über diese Verschwendung von Steuermitteln wäre die Folge. Aber genau das geschieht auf vielen Gebieten in unserem Agrarsektor. Wielange können wir uns diesen Luxus volkswirtschaftlicher Verschwendung leisten ohne Schaden am Ganzen hinzunehmen? Subventionen ohne damit zusammenhängende Strukturveränderungen sind ein Übel, das zum Ärgernis wird. Die EWG-Agrarpolitik offenbart ein Dilemma, für das noch eine Lösung gefunden werden muß. Was wir jetzt erleben, ist das Ergebnis vieler Versäumnisse in der Vergangenheit.

Schweden vor der Reichstagswahl

Sozialdemokraten glaubwürdig durch ihre Leistungen

Von Karl Kern, Malmö

Am 15. September wird die Zweite Kammer des Schwedischen Reichstags neugewählt werden. Der neue Reichstag wird zum ersten Male für nur drei Jahre gewählt. Bisher währte ein Arbeitsabschnitt vier Jahre. Durch die Abschaffung der Ersten Kammer - sie wird 1971 aufgelöst werden - war auch eine Änderung der Arbeitsdauer im Einkammer-Reichstag nötig geworden. Künftig werden Reichstag und die Vertretungen der Gemeinden und Provinzen zusammen mit dem Reichstag also alle drei Jahre neugebildet werden.

Die ruhige politische Atmosphäre Schwedens schließt nicht aus, daß der Wahlkampf, sofern man von einem "Kampfe" sprechen kann!, mit ziemlich viel Demagogie geführt wird. Die Verantwortung dafür trifft die drei bürgerlichen Parteien - Konservative, Volkspartei, Zentrums-
partei -, die davon ausgehen, daß das Wahlergebnis den Sturz der seit 25 Jahren im Amte befindlichen sozialdemokratischen Regierung herbeiführen wird. Sie nennen das den Versuch eines "Machtwechsels"; der Wechsel sei infolge der allzu langjährigen sozialdemokratischen "Herrschaft" unumgänglich.

Bei genaueren Zusehen stellt sich heraus, daß die lange Dauer der sozialdemokratischen "Herrschaft" das einzige "Argument" ist, das den drei Parteien zur Verfügung steht. Denn Volkspartei und Zentrums-
partei versuchen, die Sozialdemokraten an sozialen Wohl-
wollen zu übertreffen, während die Konservativen hierbei noch weiter gehen, gleichzeitig jedoch beträchtliche Steuerherabsetzungen ver-
langen. Außerdem geht es - vor allem den Konservativen - den bürger-
lichen Parteien darum, die Wehrausgaben zu erhöhen. Sie werfen der Regierung vor, daß sie durch ihre Sparmaßnahmen die Verteidigung geschwächt habe.

Die beiden "Mittelparteien", Zentrum und Volkspartei, lehnen die Ansichten der Konservativen ab: Eine bürgerliche Regierung müsse das Programm der Mittelparteien aufnehmen. Davon wollen wiederum die Konservativen nichts wissen. Der einzige gemeinsame Schritt, zu dem sich die drei Parteien entschlossen haben, war die briefliche Frage an Tage Erlander, ob die Sozialdemokraten die Regierung verlassen würden, wenn die Bürgerparteien die Mehrheit erlangen sollten.

Sie haben kein gemeinsames Programm, aber sie wollen gemeinsam regieren. Und sie wollen schon jetzt die Gewissheit, daß sie das Fell des Bären bekommen werden.

Aber sie müssen den Bären erst schießen. Die Stimmung unter den Wählern ist durchaus nicht so, daß in Schweden eine "dänische" oder "norwegische" Wahl zu erwarten ist. Die Sozialdemokraten haben viel-
mehr einen guten Start: Sie sind glaubwürdig durch ihre Leistungen, was auch in Schweden, wenn nicht vor allem in Schweden, mehr bedeutet als schöne Worte. Ein "Machtwechsel" ist unwahrscheinlich.